

**Positionspapier der Deutsch Niederländische Raumordnungskommission,
Unterkommission Nord zu den Maut-Plänen des Bundesverkehrsministeriums
7. November 2014**

**„Deutsch-Niederländischen Alltag im Grenzraum fördern
- Neue Grenzen vermeiden“**

Die deutsch-niederländische Raumordnungskommission Unterkommission Nord (UK Nord) ist Teil eines lebendigen deutsch-niederländischen Grenzraums. Europa ist hier Alltag: Einkaufen, Arbeiten, Freizeit auf der jeweils anderen Seite der Grenze gehören zum täglichen Leben. Die UK Nord betrachtet vor diesem Hintergrund die Maut-Pläne des Bundesverkehrsministeriums der Bundesrepublik Deutschland zur Benutzung von Straßen im grenznahen Raum mit großer Sorge.

Die länderübergreifenden Verflechtungen der Arbeitsmärkte und Geschäftsbeziehungen im Grenzraum erfordern ein tägliches, grenzüberschreitendes Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort bzw. zum Ort der Auftragserfüllung. Die Randlage im jeweiligen Land, der demografische Wandel und Einsparzwänge der öffentlichen Haushalte erfordern mehr denn je eine Kooperation von deutschen und niederländischen Einrichtungen und Angeboten der Daseinsvorsorge wie z.B. im Gesundheits- und Rettungswesen oder im Bereich der Bildung (u.a. Volkshochschulen und Universitäten). Der hiermit einhergehende „kleine Grenzverkehr“ würde mit Umsetzung der bisher bekanntgewordenen Mautpläne deutlich erschwert.

Im wirtschaftlichen Bereich ist der grenzüberschreitende landesbedeutsame Gewerbe- und Industriepark Coevorden-Emlichheim ein weiteres Beispiel für die Intensität der grenzüberschreitenden Verflechtungen. Aber auch für andere grenzüberschreitend wirksame zentralörtliche Angebote wie die des Handels, der Gastronomie oder Freizeiteinrichtungen würde eine Umsetzung der Maut-Pläne spürbare Frequenzrückgänge bewirken – mit entsprechenden Folgen für die Betriebe und die dort Beschäftigten. Gleiches gilt für die grenzüberschreitende Beschäftigtenvermittlung.

Negative Folgen im Tourismus treffen nicht nur die deutsche Seite. Auch Restaurants, Übernachtungsstätten, Freizeiteinrichtungen und Einzelhandel im niederländischen Grenzgebiet werden unter der Maut leiden. Denn das Motto „ein Urlaub – zwei Länder“, das Besucher aus den Niederlanden und dem europäischen Ausland in die niederländischen Grenzregionen zieht, gilt dann nur noch mit Einschränkungen.

In den vergangenen Jahrzehnten haben sich viele Akteure im Grenzraum erfolgreich darum bemüht, die internationalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu verbessern und zu stärken. Und sie beabsichtigen, dies auch in Zukunft zu tun. Ausdruck der guten Zusammenarbeit ist zum Beispiel die finanzielle Beteiligung der niederländischen öffentlichen Stellen und der Wirtschaftsbetriebe an der Finanzierung der A 31. Insgesamt wurden von niederländischer Seite Anfang des letzten Jahrzehnts Mittel in Höhe von 26,6 Mio. Gulden zur Verfügung gestellt. Diese finanzielle Beteiligung der Niederlande führte mit dazu, dass der Bau der A 31 um 10 Jahre vorgezogen werden konnte. Aus Sicht der UK Nord ist ein „doppeltes Bezahlen“ nicht nachvollziehbar.

Eine Umsetzung der bislang bekannt gewordenen Maut-Pläne behindert damit die raumordnerisch gebotene Sicherung ausgeglichener Versorgungsstrukturen sowie die grenzüberschreitende interkommunale Zusammenarbeit im grenznahen Gebiet, sie gefährdet Arbeitsplätze und belastet damit indirekt auch die öffentlichen Haushalte.

Die UK Nord hält es für unverzichtbar, die Interessenslage der Menschen und der Wirtschaft in den deutsch-niederländischen Grenzregionen bei der Erarbeitung von Mautkonzepten angemessen zu berücksichtigen. Konkret erwartet die UK Nord, dass Regelungen zu einer PKW-Maut zu keinen Zusatzbelastungen für die Region und ihre Menschen führen dürfen.